



Ein politisches Weihnachtsgeschenk der besonderen Art: Mehr als jede dritte Apotheke soll wohl schließen!

Von Pressemitteilung

Erstellt am 22 Dez 2017 - 16:00

Herxheim, im Dezember 2017 - Was darf ein Apotheker als Leistungserbringer der Gesetzlichen Krankenkasse verdienen? Laut einem jetzt veröffentlichten 256 Seiten starken Gutachten, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in 2016 in Auftrag gegeben wurde, in Zukunft deutlich weniger. Die Folge? Jede dritte Apotheke wird schließen müssen. Die Freie Apothekerschaft fordert die Politik auf, umgehend die fragwürdigen Änderungen am Arzneimittelpreis zu beenden und endlich mit Augenmaß die Versorgung der Bürger durch die deutschen Apotheken zu sichern.

In Diskussion steht der Preis für verschreibungspflichtige Arzneimittel. In diesem wird unter anderem die Vergütung für die Apotheken geregelt. (mehr Informationen siehe unten, Link ABDA) „Dem SPD-geführten Bundesministerium scheint es in erster Linie um die Frage zu gehen: Was darf ein Apotheker als Leistungserbringer der Gesetzlichen Krankenkasse verdienen? Wenn allerdings die Abgabe von Hustenbonbons gleichgesetzt wird mit der Abgabe eines Blutdruckmittels auf Verordnung eines Arztes inklusive Beratung, und der Inhaber einer Apotheke mit allen Risiken der Selbständigkeit und auch der Haftung für sein Tun verglichen wird mit dem angestellten Apotheker einer Krankenhausapotheke, dann scheint das Ergebnis des Gutachtens schon vorher festgestanden zu haben“, so Dr. Helma Gröschel, Vorsitzende der Freien Apothekerschaft.

Bereits in Sachen „Versandhandel aus Holland mit verschreibungspflichtigen Arzneimittel“ mussten Apotheken zur Kenntnis nehmen, dass sich augenscheinlich die SPD zusammen mit der FDP und den Grünen die deutschen Apotheken zum Feindbild Nr. 1 im Gesundheitswesen erkoren haben. „Alle Beteuerungen dieser Parteien, wie wichtig die Apotheken vor Ort für die Versorgung der Bevölkerung seien, kann man jetzt getrost als Makulatur bezeichnen“, kritisiert Gröschel. „Das von den Steuern der Bürger finanzierte Honorar-Gutachten bildet nicht annähernd die Leistung der Apotheken vor Ort ab, ja man muss sogar von falschen und irreführenden Zahlen ausgehen, und dennoch scheint es für das BMWi als Grundlage zu dienen, das Apothekenhonorar über den Arzneimittelpreis in Gänze zu ändern und durch drastische Kürzungen mindestens 40 Prozent der Apotheken den Garaus zu machen.“

Beteiligt an dem Preis ist mit 19% Mehrwertsteuer auch der Staat, der ab einem Verkaufspreis von ca. 45 Euro mehr „verdient“ als die Apotheke. Die Mehrwertsteuer ist in dem Gutachten nicht berücksichtigt.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) geht in einem Artikel gar von der Vernichtung von 50 Prozent der Apotheken aus (siehe Link FAZ unten). Das bedeutet gleichzeitig den Verlust von mehr als 70.000 qualifizierten, frauenfreundlichen Arbeitsplätzen. Dieser Kahlschlag führt konsequenterweise zu dem Schluss, dass der Versandhandel zukünftig unverzichtbar wird. Inwieweit die ausländischen Versandapotheken mit schweizerischen und saudi-arabischen Investoren an dem Gutachten mitgewirkt haben, entzieht sich der Kenntnis des Vereins. Die guten Kontakte zum Bundesministerium und ihrer Ministerin sowie die Begehrlichkeiten der ausländischen Aktiengesellschaften am deutschen Arzneimittelmarkt sind hinlänglich bekannt.

Leider konnte die sogenannte Standesvertretung ABDA bis heute anscheinend vielen Politikern nicht den Unterschied begreiflich machen, dass Apotheken vor Ort „versorgen“, der Versandhandel aber nur „liefern“ kann. Ebenso haben viele Abgeordnete nicht verstanden, dass dem verschreibungspflichtigen Arzneimittel zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung ein einheitlicher Abgabepreis zugrunde liegen muss. Auch dieser wird seit Oktober 2016 durch ausländische Versandapotheken ohne Konsequenzen durch das Parlament unterlaufen. „Ob GroKo oder KoKo: Die Bundeskanzlerin muss endlich ein deutliches Zeichen setzen“, fordert die Freie Apothekerschaft.

Anfang 2018 wird der Bundesverband eine Unterschriftenaktion in allen deutschen Apotheken starten. Ziel ist, die täglich drei Millionen Apothekenkunden über die Vorhaben des Bundesministeriums zu informieren und festzustellen, wie die Bürger drastische Einschnitte der Politik bei der Versorgung durch die Apotheken bewerten.



Ein politisches Weihnachtsgeschenk der besonderen Art: Mehr als jede dritte Apotheke soll wohl schließen!

Veröffentlicht auf medkom24 (<http://www.medkom24.eu>)

Links:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/apotheke-in-der-krise-jeder-zweite...> [1]

<https://www.abda.de/service/fakten-zahlen/statistik/beispielrechnung/> [2]

- [Gesundheit und Vorsorge](#)

Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 05:05): <http://www.medkom24.eu/node/22879>

Links:

[1] <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/apotheke-in-der-krise-jeder-zweiten-droht-das-aus-15334408.html>

[2] <https://www.abda.de/service/fakten-zahlen/statistik/beispielrechnung/>